



Tageseltern und die Frage nach gerechter Bezahlung

In der permanenten Diskussion um frühkindliche Betreuung werden zahlreiche Ideen vorgebracht, wie man die Qualität und auch die Quantität der Kinderbetreuungseinrichtungen verbessern und steigern kann. Eine Gruppe wird in der Diskussion jedoch grundsätzlich etwas vernachlässigt: Die Gruppe der Tagespflegepersonen. Tagesmütter und -väter erbringen einen wichtigen

Beitrag zum Ausbau der Kleinkindbetreuung und erhalten dafür einen bisher viel zu geringen Lohn.

Die Aufgaben der Tageseltern sind dabei sehr vielfältig und übersteigen die Aufgaben in Kindertageseinrichtungen teilweise deutlich. Neben der Betreuung, dem Spiel und der pädagogischen Anleitung der Kinder, sind die Tagespflegepersonen darüber hinaus auch für viele andere Aufgaben, wie

zum Beispiel das Kochen für die Kinder verantwortlich. Oft ist auch die Altersspanne der Kinder größer. Die Zahl der Kinder im Alter von null bis drei Jahren, die von Tageseltern betreut werden steigt seit Jahren kontinuierlich an und gleichzeitig betreuen viele Tagesmütter und -väter auch Kinder, die bereits im Schulalter sind. In einem solchen Fall gehören auch Hausaufgaben und gemeinsames Lernen zum Aufgabenfeld. Anders als in großen Einrichtungen wird häufig der Ganztagesbetrieb, der in den letzten Jahren auch stetig zugenommen hat, nicht durch einen Schichtbetrieb abgedeckt, sondern muss von den Tageseltern selbst geleistet werden.

Eine so große Bandbreite an Tätigkeiten sollte zu einer besseren Bezahlung führen. Jedoch ist genau das Gegenteil der Fall. Auch wenn die Gehälter in der Branche stark schwanken, so sehen die Sätze für die Betreuung eines Kindes häufig etwa 5,50 € pro Kind und Stunde vor. Wobei dies dann eine selbstständige Tätigkeit ist und daher hiervon volle Sozialabgaben zu leisten sind. Die Löhne wurden in den vergangenen sechs Jahren in Baden-Württemberg nicht mehr erhöht, so dass eine Anpassung dringend erforderlich erscheint. Diese Forderung hatte die SPD schon im letzten Jahr gestellt. Wenn die Landesregierung nun zu dem Schluss kommt, dass eine Erhöhung notwendig ist, so ist dies sinnvoll, kommt aber ziemlich spät. Für die bedeutende Arbeit, die Tageseltern leisten und den wichtigen Beitrag, den sie zur Kinderbetreuung beisteuern ist, es nun dringend an der Zeit ihre Bezahlung deutlich zu verbessern.



Ausgewählte Termine in der Region

16.05.2018

Betriebsbesichtigung mit der SPD Flein und Rainer Hinderer

Wo?: Fa. soppe + partner Flein

25.05.2018

„Hinter den Kulissen“ der Wasserschutzpolizei mit Rainer Hinderer

Wo?: Wasserschutzpolizei Heilbronn

01.06.2018

1250 Jahrfeier Ruchsen mit Reinhold Gall

Wo?: Möckmühl

02.06.2018

150 Jahre Gesangverein Concordia 1868 e.V. mit Reinhold Gall

Wo?: Bad Wimpfen

Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn

Tel: 07131/5943071

Mail: info@reinhold-gall.de
info@rainer-hinderer.de

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.reinhold-gall.de>

Inklusion – Anspruch und Realität

Kein bildungspolitisches Thema verursachte in den letzten Jahren so erhebliche Diskussionen wie die Inklusion. Das Ziel behinderten Kindern die Möglichkeit zu bieten an Regelschulen zu lernen ist wichtig und richtig. Allen Kindern das gemeinsame Lernen zum gegenseitigen Vorteil zu ermöglichen bleibt oberstes Ziel der Inklusion. Trotz des hohen Anspruchs gibt es bei der Umsetzung der Inklusion zahlreiche Probleme, die es anzugehen gilt. Die Erfahrungen aus dem Land zeigen, dass dort, wo die Rahmenbedingungen stimmen, die Inklusion ein wahres Erfolgsmodell sein kann.



Doch dort, wo notwendige Ressourcen und Konzepte fehlen, kann Inklusion schnell zu einem „Verwahren“ der Schüler mit Behinderung verkommen und die Vorteile des gemeinsamen Lernens verwandeln sich in Nachteile für alle Schüler. Um tatsächlich Bedingungen zu schaffen, die Inklusion im positiven Sinne ermöglichen, bedarf es zahlreicher zusätzlicher Anstrengungen, die die Landesregierung angehen muss. An vielen Schulen stehen die Sonderpädagogen den inklusiven Klassen nur wenige Stunden die Woche zur Verfügung. Ziel muss es aber sein, dass die allgemein-

bildende Lehrkraft und der Sonderpädagoge mindestens etwa 20 Stunden in der Woche zusammen in der Klasse sind und damit eine Doppelbesetzung verfügbar ist. Um eine Abdeckung zu ermöglichen bedarf es allerdings einer wesentlich besseren personellen Ausstattung. Daher sind umgehend mehr Ausbildungskapazitäten für Sonderpädagogen zu schaffen. Die bisher von der Landesregierung geplanten rund 1.300 zusätzlichen Stellen bis 2022 werden nicht ausreichen. Nach Schätzungen der GEW werden eher etwa 4.000 zusätzliche Sonderpädagogen benötigt, um die Ziele der Inklusion umzusetzen. Und selbst die bisher geschaffenen Stellen können kaum besetzt werden, was wiederum die Frage nach der Weiterqualifizierung von Grund- und Hauptschullehrern umso dringlicher erscheinen lässt.

Doch nicht nur zusätzliche Lehrer sind notwendig um Inklusion gelingen zu lassen. Auch die Schulleitungen benötigen zusätzliche Kapazitäten um die Inklusion an der Schule zu verwalten. Darüber hinaus benötigen alle an der Inklusion beteiligten Lehrkräfte zusätzliche Ressourcen um die Arbeit im Team zu verbessern oder neue Konzepte zu entwickeln.

Ein letztes wichtiges Thema ist die Fort- und Weiterbildung für alle Lehrkräfte. Die Grundlagen der Sonderpädagogik müssen allen Lehrkräften vermittelt werden, damit nicht weiterhin, wie heute häufig der Fall, Lehrer ohne fundiertes Wissen inklusive Klassen unterrichten müssen. Dies wird weder den Schülern noch den Lehrern gerecht und führt bei allen beteiligten Personen zu erhöhtem Frustrpotential.

An dieser langen Liste notwendiger Veränderungen wird deutlich, dass die Inklusion ein langwieriger Prozess ist, der sich auch nicht von heute auf morgen perfektionieren lässt. Aber es wird aber auch deutlich, dass die Landesregierung möglichst rasch einiges unternehmen kann, was Schülern, Lehrern und Eltern das Leben erheblich erleichtern kann.

Aktuelles

„Debatte zur Grundsicherung ist überfällig“: SPD-Arbeitsmarktexperte Daniel Born: „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist erfreulich. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in Baden-Württemberg Menschen gibt, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen werden. Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut liegt daher völlig falsch, wenn sie behauptet, die Debatte über die Grundsicherung sei unsinnig. Sie ignoriert dabei völlig die Notwendigkeit von Chancen auf einem zu schaffenden zweiten sozialen Arbeitsmarkt. Das Gegenteil ist richtig: die Debatte ist überfällig. Politik kann sich nicht nur um die kümmern, denen es gut geht.“ +++ **Forderung nach zeitgemäßer Suchtpolitik:** Rainer Hinderer, suchtpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, fordert nach dem Beschluss im Karlsruher Gemeinderat die Landesregierung auf, endlich ihre ideologischen Differenzen zu überwinden und in einer Verordnung Drogenkonsumräume auch in Baden-Württemberg zuzulassen. „Eine grün-schwarze Landesregierung, die sich als ‚fairer und verlässlicher Partner der Kommunen‘ versteht, darf nicht mit einer Politik aus dem letzten Jahrtausend ein modernes Instrument der Suchtpolitik verhindern.“